*Einführung*

**1. Das politische System Polens und seine Geschichte**

Mit dem Durchbruch zur Demokratie im Sommer 1989 knüpfte Polen an alte republikanisch-demo­kratische Traditionen aus der Zeit vor dem Staats­sozialismus an. Bereits vor den Teilungen Polen-Litauens Ende des 18. Jahrhunderts hatten im Rahmen ei­ner Adelsrepublik Formen des Parlamentaris­mus sowie ein Zweikammersystem mit Sejm und Senat exis­tiert. Am 3. Mai 1791 wurde in Polen zudem die erste schriftliche Verfassung Europas ange­nommen. Durch die lange Zeit der Teilungen nach 1795, die erst mit dem Wiedererstehen des polni­schen Staates 1918 beendet wurde, die deutsche und sowjetische Besatzung während des Zweiten Weltkrieges und durch die Zeit des Staatssozialismus von 1945 bis 1989, die von der Mehrheit der Bevölkerung ebenfalls als Fremd­herrschaft empfunden wurde, hat allerdings das Verhältnis der Polen zum Staat gelitten. Lange Zeit wurde der Staat als etwas Fremdes, der Gesellschaft Entgegengesetztes verstanden. Demo­kratie lebt aber von Beteiligung, von der Akzeptanz des Staates, seiner Institutionen und Eliten, und hieran mangelt es in Polen noch immer. Das politische System Polens wurde ab 1989 zunächst über Veränderungen der alten sozialisti­schen Verfassung von 1952 demokratisiert. So wurden u. a. Meinungspluralismus und Parteienwettbewerb zugelassen sowie das Amt eines Staatspräsidenten geschaffen und mit dem Senat eine zweite Parlamentskammer institutionalisiert, die bürgerlichen Grund-rechte etabliert, und Polen so als Republik neu begründet. Trotz dieser Ver­fassungsänderungen wurde in den folgenden Jah­ren eine völlig neue Verfassung entworfen, die im Jahr 1997 in einem Referendum angenommen wurde. In ihrer Präambel wird auch die Bezeichnung der Dritten Polnischen Republik verwendet und an eigene Traditionen der Ers­ten Republik bis zu den Teilungen Polen-Litauens Ende des 18. Jahrhunderts und der Zweiten Republik der Zwischenkriegszeit angeknüpft. Die Volksre­publik Polen wird hier nicht erwähnt. Ungeach­tet dessen ist in den letzten 20 Jahren sehr intensiv über den Charakter, über Fehler und Verbrechen, aber auch über Leistungen der Volksrepublik Po­len gestritten worden.

**1918**

Wiedererstehen Polens

(II. Republik)

**1997**

neue Verfassung

**Ab 1989**

Demokratisierung
(III. Republik)

**1945 – 1989**

Staatssozialismus

(Volksrepublik)

**während des 2. Wk.** deutsche und sowjetische Besatzung

**1795**

dritte Teilung Polen-Litauens
(Ende der I. Republik)

**3. Mai 1791**

erste schriftliche Verfassung Europas in Polen

**Ende 18. Jhd.**
Adelsrepublik mit Zweikammersystem

**2. Das politische System heute**

Mit dem Akt der Verfassungsgebung war der institutionelle Aufbau

weitgehend abgeschlossen und ein politisches System mit zwei Parlamentskammern etabliert: dem Sejm, der ersten Parlaments-kammer, dessen 460 Abgeordnete nach dem Verhältniswahlrecht auf vier Jahre gewählt werden, und dem Senat, bestehend aus 100 ebenfalls auf vier Jahre gewählten Senatoren[[1]](#footnote-1). Anders aber als der Bundesrat in Deutschland, ist der Senat in Polen keine Vertretung der Länder, sondern lediglich ein zusätzliches parlamentarisches Prüforgan mit Ge­setzesinitiativrecht. Der Vorsitzende des Sejm, der Sejmmarschall, ist zweithöchster Vertreter des polnischen Staates und übernimmt im Fall des To­des des Präsidenten, seines Rücktritts oder dessen dauerhafter Amtsunfähigkeit die Aufgaben des Präsidenten. Dies war zum Beispiel im Jahr 2010 nach dem tödlichen Flugzeugabsturz des damaligen Staatspräsidenten Lech Kaczyński der Fall.

Die Regierung geht direkt aus der Parlaments­mehrheit hervor und das Parlament verfügt auch über das Recht, den Ministerpräsidenten durch ein kon­struktives Misstrauensvotum zu stürzen. Zu den wichtigen politischen und institutionel­len Veränderungen nach 1989 zählte auch die Rückkehr zur kommunalen Selbstverwaltung im Jahr 1990 und die 1999 in Kraft getretene große Dezentralisierungsre­form, die wichtige Staatsaufga­ben an die Regionen (Woiwodschaften) überwies und den Zentralismus der sozialistischen Zeit beendete. Die seit 1. Januar 1999 bestehenden 16 Woi­wodschaften (zuvor 49) sind von ihrer Größe her mit kleineren deutschen Bundeslän­dern vergleichbar, ohne allerdings deren Kompe­tenzen zu besitzen. Laut Verfassung ist Polen ein unitarischer Staat (Zentralstaat), der dennoch Bürgerbeteiligung auf lokaler und regionaler Ebe­ne, also in den Gemeinden, Kreisen und Woiwod­schaften vorsieht. Als Vertretung der Bürger exis­tiert auf Woiwodschaftsebene der Sejmik, eine Art Landtag, der den Woiwodschaftsmarschall als seinen Vorsitzenden der regionalen Selbstverwaltung wählt. Zugleich gibt es in den Woiwodschaften mit dem Woiwoden einen von der Regierung in Warschau eingesetzten Vertreter, sodass die Woiwodschaften in einem komplizier­ten Abstimmungsprozess zwischen zentraler Re­gierung und regionaler Vertretung verwaltet werden. Dem deutschen Föderalismus vergleich­bare Landesregierungen bestehen in Polen nicht. Dennoch erfreuen sich die Vertreter der lokalen und regionalen Ebene eines größeren Vertrauens seitens der Bürger als die Politiker der zentralstaatlichen Ebene.

Zu den Besonderheiten des polnischen **parlamentarisch-präsidentiellen** Systems nach 1989 gehört die Rolle des Staatspräsidenten. Laut Verfassung ist der Staatspräsi­dent, der für fünf Jahre direkt vom Volk gewählt wird, nicht nur für formale Akte wie die Unter­zeichnung von Gesetzen, internationalen Ver­trägen oder die Ausschreibung von Wahlen zu Sejm und Senat zuständig. Er wacht darüber hin­aus auch über die Einhaltung der Verfassung und hat neue Gesetze auf ihre Verfassungsmäßigkeit zu prüfen und gegebenenfalls an das Verfassungs­gericht zur Prüfung zu überstellen. Er verfügt über ein Vetorecht gegenüber Gesetzen, wobei das Par­lament dieses Veto mit 60 % der Stimmen zurückweisen kann. Der Staatspräsident beauftragt nach Parlamentswahlen einen Vertreter des Parlaments mit der Regierungsbildung (in der Regel den Vorsitzenden der stärksten Partei), er ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte und er ist laut Verfassung gemeinsam mit dem Ministerprä­sidenten und dem Außenminister für die Außen­politik Polens verantwortlich. Gerade hinsichtlich des letzten Kompetenzbereiches hat es im­mer wieder innenpolitische Auseinandersetzungen gegeben, insbesondere wenn Präsident und Ministerpräsident unterschiedlichen politischen Lagern (sog. *Cohabitation*) angehörten, was in der Vergangenheit häufiger der Fall gewe­sen ist. Vorschläge für eine Änderung der Verfas­sung greifen daher auch immer wieder eine kla­rere Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Regierung und Staatspräsident auf.

**3. Das polnische Parteiensystem**

Vor dem Hintergrund des institutionellen Auf­baus der Dritten Polnischen Republik und der Eingliederung Polens in europäisch-nordatlantische Organisati­onen, hier insbesondere in die Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft (NATO) im Jahr 1999 und in die Europäische Union (EU) im Jahr 2004, hat sich auch das polnische Parteiensystem entwi­ckelt und allmählich konsolidiert. Während noch zu Beginn der 1990er-Jahre als Ergebnis der ersten freien Parlamentswahlen von 1991 29 politische Grup­pierungen im Sejm vertreten waren, sind es auf­grund der danach eingeführten Fünf-Prozent-­Klausel für Parteien bzw. der Acht-Prozent-Klausel für Parteienbündnisse seitdem deutlich weniger. Nach den Parlamentswahlen im Oktober 2015 waren nur noch fünf Parteien und ein Vertreter der Deutschen Minderheit (letztere ist von der Fünf-Prozent-Klausel ausgenommen) im Parlament vertreten. Auch nach den letzten Wahlen im Oktober 2019 sind neben dem Vertreter der Deutschen Minderheit fünf Gruppierungen in das Parlament eingezogen, allerdings in neuer Konstellation.

Die Wahlbeteiligung bei den Neuwahlen im Herbst 2019 war mit über 61,7% deutlich höher ausgefallen als bei der Durchschnittsbeteiligung der letzten drei Sejmwahlen zuvor. Seitdem hat sich die Parteienlandschaft im polnischen Parlament erneut verändert. Obwohl drei miteinander kooperierende Oppositionsparteien insgesamt mehr Stimmen gewannen als die aktuelle Regierungspartei, erhielten diese durch das Mandatsverteilungsverfahren nicht die Parlamentsmehrheit.

Die 2001 gegründete national-konservative Partei [**Recht und Gerechtigkeit**](https://de.wikipedia.org/wiki/Prawo_i_Sprawiedliwo%C5%9B%C4%87) PiS (Prawo i Sprawiedliwość**,** {*prawo i sprawiädliwoschtsch*}) konnte mit 43,6 % der Wählerstimmen wieder die absolute Mehrheit der Parlamentssitze erhalten. Sie stellt sowohl den Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki {*morawjetski*} als auch den im Jahr 2020 wiedergewählten Staatspräsidenten Andrzej Duda {*andschäi duda*}, der nach seiner Amtsübernahme in 2015 allerdings aus der Partei ausgetreten ist, um als „Präsident aller Polen“ sein Amt ausüben zu können. Die ebenfalls 2001 gegründete, als liberal-konservativ geltende Partei [**Bür­gerplattform**](https://de.wikipedia.org/wiki/Platforma_Obywatelska) PO (Platforma Obywatelska), welche bis 2015 die Regierungspartei stellte, trat diesmal in der [**Bürgerkoalition**](https://de.wikipedia.org/wiki/Koalicja_Obywatelska) KO (Koalicja Obywatelska) auf und erhielt 27,4 % der Stimmen. Die Linke überraschte nach einem Nichteinzug ins Parlament in 2015 mit 12,6 % der Stimmen. Das somit drittstärkste Oppositionsbündnis bildete sich aus dem [**Bündnis der Demokratischen Linken**](https://de.wikipedia.org/wiki/Sojusz_Lewicy_Demokratycznej) **SLD** (Sojusz Lewicy Demokratycznej, {*sojusch lewitzä demokratütschnäi*}), [**Wiosna**](https://de.wikipedia.org/wiki/Wiosna) und [**Razem**](https://de.wikipedia.org/wiki/Lewica_Razem). Zur drittstärksten Gruppierung wurde die Polnische Koalition PSL (Koalicja Polska). Geführt von der [**Polnischen Bauernpartei**](https://de.wikipedia.org/wiki/Polskie_Stronnictwo_Ludowe) PSL (Polskie Stronnictwo Ludowe) und unter anderem mit der rechtspopulistischen Bewegung [**Kukiz´15**](https://de.wikipedia.org/wiki/Ruch_Kukiza) des ehemaligen Rockmusikers Paweł Kukiz, zog das Bündnis mit 8,6 % der Stimmen in den Sejm ein. Außerdem schaffte es die [**Konföderation**](https://de.wikipedia.org/wiki/Konfederacja_Wolno%C5%9B%C4%87_i_Niepodleg%C5%82o%C5%9B%C4%87) (Konfederacja) mit 6,8 % ebenfalls ins Parlament. Von den 460 Sitzen entfallen wieder 235 Sitze auf die PiS, 134 auf die KO, 49 auf die Linke, 30 auf die PSL, elf auf die Konföderation und ein Sitz auf die deutsche Minderheit.

Das Wahlergebnis, vor allem der Gewinn der absoluten Mehrheit durch die PiS, führten seit 2015 zu einem massiven Rechtsruck in der polnischen Politik. Die schwerwiegenden, unmittelbar auf die Wahl folgenden politischen Umgestaltungen durch die PiS-Partei – so beispielsweise die faktische Entmachtung des Verfassungsgerichts und die Unterwerfung der öffentlichen Medien unter die Parteiführung – führten in Polen zur einer vertieften Spaltung der Gesellschaft und zu gesellschaftlichen Protesten. Auch das in Polen kontroverse und emotional geladene Thema des Schwangerschaftsabbruchs bringt aktuell viele Menschen auf die Straßen, da die PiS immer wieder versucht, dieses zu verschärfen.

**4. Politik und Gesellschaft**

Die polnische Gesellschaft und Politik sind gespalten, was bei den Parlamentswahlen in 2019 deutlich wurde. Noch im Mai 2019 trat die Opposition gemeinsam **als Europäische Koalition** (Koalicja Europejska) an und bildete sich aus der Bürgerplattform, der Bauernpartei, der Demokratischen Linksallianz, den [**Grünen**](https://de.wikipedia.org/wiki/Partia_Zieloni) (Zieloni, {*schiäloni*}) und der wirtschaftsliberalen Partei [**Die Moderne**](https://de.wikipedia.org/wiki/Nowoczesna) (Nowoczesna {*nowotschäsna*}). Vor den Parlamentswahlen zerfiel diese aber und es traten vier politischen Blöcke zum Sejm an, weshalb die PiS den Sieg einfacher erreichen konnte. Bei den Senatswahlen für die zweite Parlamentskammer konnte die Opposition jedoch mit vereinigten Kräften einen Erfolg erzielen. Mit einer gemeinsamen Liste und jeweils einem Kandidaten in jedem der 100 Wahlkreise, gewann sie 51 der 100 Sitze des Senats. Diese Spaltung wurde bei den Präsidentschaftswahlen im Jahre 2020 ebenfalls sichtbar, als die KO den Warschauer Stadtpräsidenten, Rafał Trzaskowski {*rafaw tschaskofski*}, als Kandidaten aufstellte. Dieser konnte sich großer Beliebtheit erfreuen und schon bei dem ersten Wahlgang über 30 % der Stimmen erlangen. Die meisten Wähler vorheriger oppositioneller Kandidaten gaben ihre Stimme bei dem zweiten Wahlgang an Trzaskowski mit dem Resultat eines knappen Sieges von Duda (51 % zu 49 %).

Die wichtigsten innenpolitischen Auseinander­setzungen drehten sich in den letzten Jahren um das Verhältnis zur Europäischen Union und den damit verbunde­nen Verzicht auf Souveränitätsrechte, die man erst 1989 erkämpft hatte. Während die Mitgliedschaft in der EU heute von allen Parlamentsparteien akzeptiert und le­diglich die Umsetzung europäischer Politik und die Tiefe der Integration diskutiert werden, lassen historische Debatten nach wie vor tiefe politische Gräben erkennen.

Insbesondere die unterschiedli­che Bewertung der Volksrepublik Polen, das Ver­hältnis zu den großen Nachbarn Deutschland und Russland und der Umgang mit dem Zweiten Welt­krieg sind Hinweise auf Trennlinien (sog. *Cleavages*) in der poli­tischen Landschaft.

Während das Thema **Flüchtlingspolitik** zu scharfen Debatten und Diskussionen geführt hat, die nicht zuletzt auch Einfluss auf den Wahlausgang in 2015 hatten, waren es 2019 bei den Parlamentswahlen und insbesondere 2020 bei den Präsidentschaftswahlen die Rechte von **sexuellen Minderheiten**, welche die innenpolitischen Auseinandersetzungen begleitet haben.

Dabei stehen sich ein offenes, europäisches Geschichtsverständnis, welches den Dialog mit den Nachbarn sucht, und ein unkritisch positives Bild der polnischen Geschichte bisweilen unversöhnlich gegenüber. Schließlich werden auch die Errungenschaften der Dritten Polnischen Republik (seit 1989) sehr kontrovers diskutiert. Seit dem Amtsantritt der PiS rücken verengte, nationale Sichtweisen und Interpretationen der polnischen Geschichte noch stärker in den Vordergrund.

Die in diesen Diskussionen zutage tretende Schärfe der politischen Auseinandersetzung, die Unversöhnlichkeit und das Be­mühen, den politischen Gegner mit Diskreditierung zu bekämpfen, d. h. den Konflikt über den Kompromiss zu stel­len, waren ein wesentliches Merkmal der politischen Kultur des Landes in den vergangenen Jahren. Die Konflikte innerhalb der politischen Lager und politische Korruptionsaffären der letzten Jahre hatten dazu beigetragen, dass das Vertrauen in die Politik bei der Bevölkerung eher gering war. Dies zeigte sich in einer geringen Wahlbeteili­gung, die bei den Parlamentswahlen zwischen 40,57 % (2005), 53,88 % (2007), 48,87 % (2011) und 51,6 % (2015) schwankte. Der politischen Elite und den Verfassungsinstitutionen wie Sejm und Senat wird wenig Vertrauen geschenkt. Der Wunsch nach Veränderung wurde bei der Wahlbeteiligung der letzten Parlamentswahlen 61,7 % (2019) und der letzten Präsidentschaftswahlen 68,18 % (2020) sichtbar, die sich zu einem großen Teil aus den Protestwählern zusammensetzte. Das weiterhin fehlende Vertrauen äußert sich auch so, dass viele Polen sich ausschließlich über Proteste politisch beteiligen wollen. Die lokalen und regiona­len politischen Eliten und Vertretungen schneiden bei den Bürgern besser ab und **ins**besondere der EU wird von großen Teilen der Bevölkerung Vertrauen entgegengebracht, auch wenn mit der PiS 2019 eine Partei wiedergewählt wurde, deren Politik als EU-kritisch bezeichnet werden kann**.** Aktuelle Entwicklungen innerhalb der regierenden Koalition zwischen der PiS, [**Solidarisches Polen**](https://de.wikipedia.org/wiki/Solidarna_Polska) (Solidarna Polska) und [**Verständigung**](https://de.wikipedia.org/wiki/Porozumienie) (Porozumienie) weisen auf Komplikationen und Uneinigkeit hin, was zu weiterem Misstrauen in die Innenpolitik führen könnte. Es stellt sich die Frage, ob die Regierungspartei sich bis zu den Parlamentswahlen 2023 stabil halten kann. Dennoch gibt es auch auf der Seite der Opposition viele interne Streitigkeiten.

**5. Aktuelles**

Die polnische Gesellschaft ist in ihrer Haltung zu der Regierung tief gespalten. Die Kritik, welche mit dem radikalen Vorgehen der PiS nach ihrer Machtübernahme entstand, besteht weiterhin. Das Staatsfernsehen kann bei vielen Polen keine Glaubwürdigkeit mehr genießen, da dieses als politisches Mittel der Regierungspartei gesehen wird. Die Frauenproteste gegen die verschärften Regeln zum Schwangerschaftsabbruch, welche im Herbst 2020 begannen, haben einen so großen Ausmaß angenommen, dass nicht nur Städte, sondern auch Kleinstädte und Dörfer beteiligt waren. Diese Proteste zeigen eine eindeutige Ablehnung der Regierungspartei. Auch die Spaltung zum Thema LGBT+ führt Aktivisten immer wieder auf die Straßen.

Aus: Garsztecki, Stefan (2012): Das politische System Polens. In: Polnische Gesellschaft. Hrsg. von Matthias Kneip und Manfred Mack. Berlin: Cornelsen. S. 5–9 (bearbeitet und aktualisiert).

*Flis, Jarosław (2020): Die Parteien nach den Parlamentswahlen. Die politische Szene sortiert sich neu. In: Polen-Analysen, 251, S. 2-7.* [*https://www.laender-analysen.de/polen-analysen/251/PolenAnalysen251.pdf*](https://www.laender-analysen.de/polen-analysen/251/PolenAnalysen251.pdf)

*Garsztecki, Stefan (2019): Nach den Parlamentswahlen in Polen – Vollendung der illiberalen Demokratie oder Wiederannäherung der politischen Lager?. In: Polen-Analysen, 244, S. 2-7.* [*https://www.laender-analysen.de/polen-analysen/244/PolenAnalysen244.pdf*](https://www.laender-analysen.de/polen-analysen/244/PolenAnalysen244.pdf)

*Majcherek, Janusz A. (2020): Die innenpolitische Lage nach Beendung des Wahlmarathons. In: Polen-Analysen, 260, S. 2-7.* [*https://www.laender-analysen.de/polen-analysen/260/PolenAnalysen260.pdf*](https://www.laender-analysen.de/polen-analysen/260/PolenAnalysen260.pdf)

*Marciniak, Ewa M. (2021): Die innenpolitische Situation in Polen um die Jahreswende 2020/21. In: Polen-Analysen, 268, S. 2-5.* [*https://www.laender-analysen.de/polen-analysen/268/PolenAnalysen268.pdf*](https://www.laender-analysen.de/polen-analysen/268/PolenAnalysen268.pdf)

1. Aus Gründen der Lesbarkeit wird in diesem Modul das generische Maskulinum verwendet. Mitgemeint sind aber auch Frauen und alle anderen Geschlechteridentitäten. [↑](#footnote-ref-1)